

Die „Volkskraft“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Strasse 118,
mit den Subskribenten zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Bogen 20 Pf.
Senden Sie den Betrag 2.50,
für das Jahr 2.50,
an die Expedition, Neue Strasse 118,
an der Post am Ort 2.50.

Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 52.

Mittwoch, den 3. März 1909.

20. Jahrgang.

Bingen-Alzen.

Die berühmten Ruchhändler, die der Blockfreisinn bei den preussischen Landtagswahlen mit den Konservativen schloß und denen die Herren Schepp und Duns ihre Erstlings als „Volksvertreter“ verdanken, haben in der Stichwahl von Bingen-Alzen ein würdiges nationalliberales Gegenstück gefunden. Mit nationalliberaler Hilfe siegte dort in der Reichstagswahl der Zentrumsmann Uebel über den freisinnigen Pfarrer Krell, nachdem die Zentrumspartei das Versprechen gegeben hatte, bei den nächsten Reichstagswahlen den Nationalliberalen Unterstützung zu leisten. Zentrum und Nationalliberale in trauter Gemeinschaft gegen den Freisinn — das Bild wirkt doch originell, doppelt originell im Zeitalter des Bloßes und der liberalen Gemeinbürgerschaft, zwei Jahre nach dem großen nationalliberalen Seidenkampf „wider Rom“. Dazu kommt noch, daß Herr Uebel just in einem Augenblick in den Reichstag einzieht, wo die Entscheidung, ob mit dem Bloß weiterregiert werden kann, oder ob sich die konservativ-liberale Koalition zu dauernder Arbeit zusammenschließt, auf des Messers Schneide steht. In diesem Augenblick schicken die Nationalliberalen von Bingen-Alzen auf Grund eines höchst zweifelhaften Mandat-Verleih-Geschäfts einen Zentrumsmann in den Reichstag, wo er vielleicht in wenigen Wochen durch seine Stimme gegen die Nationalliberalen den Ausschlag geben kann. Für die insame Politik, die das Zentrum in den letzten Tagen getrieben hat, für die Unterstützung, die es den ostenbüchischen Junkern im Kampfe gegen die Regierung und die Klassen angebotene ließ, wird es sofort von den Nationalliberalen mit einem Reichstagsmandat belohnt. Zwar hatte die nationalliberale Zentralleitung in Berlin, wohl um den schönen Schein zu wahren, in allerletzter Stunde die Parole für Krell ausgegeben, aber die heftigen Nationalliberalen kümmerten sich nicht darum, sondern stimmten für Uebel.

Erbittert begehrt die volksparteiliche Presse auf; die „Freisinnige Zeitung“ zum Beispiel schimpft:

„Es ist ein schmachvoller Ruchhandel zustande gekommen. Die Nationalliberalen haben das Mandat für drei Jahre an das Zentrum verkauft gegen die Aussicht, es für die folgende Legislaturperiode zu erhalten — worin sie sich leicht irren können. Denn damit, daß das Zentrum seinen eigenen Kandidaten aufstellt, ist noch nicht gesagt, daß der Nationalliberalen gewährt wird. Im Gegenteil, nach dem jetzigen widerwärtigen Schacher wird jeder Kandidat mehr Aussicht auf das Mandat haben, als der nationalliberale. Diese Wahl wird von der bürgerlichen Linken nicht leicht vergessen werden. Auch die Sozialdemokratie war von Herrn Krell nicht erbaut; sie hat vor dem ersten Wahlgange recht grobe Artikel gegen ihn veröffentlicht. Aber für die Stichwahl gab sie die Parole aus: Für Krell! Die Nationalliberalen in der Zentralleitung haben das erst — lau und flau — getan, als es nichts mehr helfen konnte, die Nationalliberalen im Wahlkreise haben den Zentrumsmann auf den Schild gehoben. Nationalliberale Schrittmacher für den Ultramontanismus! Es ist ein neues Blatt in den an Wundlungen reichen Jahrbüchern der nationalliberalen Partei!“

Und nach um einige Lüne schärfer schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Das nationalliberal-ultramontane Stichwahlbündnis hat also seine Schicksaligkeit getan. In ganz Deutschland wird die Verat als eine Schmach empfunden werden, die um so tiefer wirken muß, als die Auslieferung des Wahlfreies an den geführenden Feind des Liberalismus und jeder freiheitlichen Entwicklung in demselben Augenblick erfolgt, da draußen im Reich Nationalliberale und Freisinnige seit vielen Jahren zum ersten Male wieder zusammenstehen zu gemeinsamer positiver Arbeit, aber auch zu gemeinsamer Abwehr des liberalen Gegners, der schon begierig die Finger ausstreckt nach der Herrschaft, die er durch den Willen der Nation vor kaum zwei Jahren hat abtreten müssen. Das Wahlergebnis zeigt, daß der Nationalliberalismus fast restlos der ausgegebenen Parole gefolgt ist. Nachdem er vom Bündnistum durch sich und, mark- und kraßlos geworden, darauf angewiesen ist, im Wahlkreise seine Existenz auf das extreme Agrarierum auf der einen und den Ultramontanismus auf der anderen Seite zu stützen, sieht er sich heruntergekommen genug, um mit jeder Partei zu paktieren, die ihm noch eine Scheinexistenz in Aussicht stellt. Dieses Dabauque-Spiel einer moralisch bankrott gewordenen Partei muß sich rächen, und nicht nur an denen, die es direkt getrieben, sondern auch an denen, die es geduldet und sie stillschweigend gebilligt haben. Die Schande von Bingen-Alzen ist die Schande des gesamten heftigen Nationalliberalismus. Mit den Landtagswahlen fing der Pakt an, in Bingen-Alzen erfüllt er seine Fortsetzung; und bereits jetzt sind die Fäden für eine noch engere Verdrüderung bei den künftigen Reichstagswahlen geknüpft. Gegenüber diesem Treiben gibt es für den Freisinn in Hessen und für alle, die, welche dieses reaktionäre Regiment bekämpfen, nur den unerlöschlichen Krieg, der immer auch die Früchte eines derartigen Kampfes in letzter Linie ernten mag.

Diese Vorwürfe verraten ein überaus feines Empfinden, von dem man wünschen möchte, es möge auch der freisinnigen Partei für künftige Wahlen erhalten bleiben. Die moralischen Verurteilungen, mit denen der Freisinn jetzt die nationalliberale Partei überschüttet, sollten sich die Herren zu Herzen nehmen, welche die Wahl des Prinzen von Ratibor, des Fürsten Saxe-Coburg und gahlicher Volksmänner herbeigeführt haben. Der Wahlausgang ist charakteristisch nicht so sehr für die eigene Politik der Nationalliberalen, als vielmehr für ihre Abhän-

gigkeit von wirtschaftlichen Interessenverbänden — von dem Bunde der Landwirte hier, von dem Zentralverband der Industriellen dort.

Die Sozialdemokraten von Bingen-Alzen haben für Krell gestimmt. Sicher nicht aus Begeisterung für die höchst wandelbare Person dieses Herrn Kandidaten, noch weniger aus Achtung und Anerkennung für die Politik des Blockfreisins, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß ein Sieg des Zentrums angesichts der neuesten Haltung dieser Partei unter allen Umständen das größere Übel sei. In dem Moment, in dem das Zentrum seine Aufgabe darin erblickt, als Schutztruppe des Mammons den Liberalismus zu übertrumpfen, konnten unsere Genossen die Verantwortung für die Wahl eines Zentrumsmannes auch nicht durch passives Verhalten mit übernehmen. Sie überließen diese Verantwortung den — Nationalliberalen, und damit haben sie, trotz aller allgemeinen Bedenken, die der Unterstützung von Freisinnigen durch die Sozialdemokratie entgegenstehen, in diesem besonderen Falle wohl doch richtig gehandelt.

Politische Uebersicht.

Nicht Camp-Gerold, sondern Camp Weber.

Das Kompromiß über die Reichsfinanzreform soll in den geheimen Verhandlungen der Blockparteien einer Fälschung unterzogen worden sein: es soll nicht mehr Camp-Gerold, sondern Camp-Weber heißen, und soll nicht vom konservativ-ultramontanen, sondern vom konservativ-liberalen Bloß gemacht werden. Inwiefern mit dieser Fälschung der Etikette auch eine Fälschung des Inhalts verbunden ist, darüber gehen die Meinungen und Meinungen einflussreich noch stark auseinander. Es gibt kaum eine denkbare Kombination, die nicht im Laufe des Montag als Tatsache gemeldet und lebhaft diskutiert worden wäre. Während der „Tag“ meldet, daß eine mäßige Besteuerung der Erbschaften in der direkten Linie vorgesehen sei, versichert die „Deutsche Tagesztg.“, daß nicht nur die Nachlasssteuer, sondern auch der Ausbau der Erbschaftsteuer als definitiv gesichert anzusehen wären. Nach einer anderen Version sollen gar zweierlei Arten von Matrikularbeiträgen vorgesehen sein, gewöhnliche im Betrage von 50 Millionen und „verbesserte“ im Betrage von 100 Millionen, die „durch Besteuerungen aufzubringen“ sein sollen. Das wäre dann genau derselbe unaufhängige, bloß auf die Täuschung münder gut unterrichteter Wähler berechnete Schwindel, den die „Kreuzzeitung“ in ihrer letzten Sonntags-Rundschau als die „patriotische Tat“ des Zentrums preist. Durch diese „patriotische Tat“ — das steht auf alle Fälle fest — hat sich das Zentrum sehr energisch wieder in die Regierungsparteien „eingeschaltet“. Wird die Reichsfinanzreform im Geiste des schwarz-schwarzen Bloßes gemacht, und sind die Liberalen „gutmütig“ genug, die Verantwortung für diesen Schwindel auf sich zu nehmen, während die schlaue Schwarzen durch Ablehnung irgend einer unpopulären Verbrauchssteuer ihre stark rampontierte „Volksstimmlichkeit“ aufzurichten versuchen, ist's für das Zentrum natürlich noch viel besser!

Heute, Dienstag, Mittag soll in der Finanzkommission die Entscheidung fallen. Die „Freis. Ztg.“ schreibt: Die bisher in einigen Zeitungen über das Resultat der Kompromißverhandlungen erfolgten Veröffentlichungen beruhen auf Muthungen. Eine definitive Fassung der Kompromißvorschläge ist überhaupt noch nicht erfolgt. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft beriet Montag Abend. An den Verhandlungen haben von dieser drei Vertreter, die Abgeordneten Dr. Wiemer, Dr. Müller-Reintgen und Wommsen teilgenommen. Die „Post. Ztg.“ hat keine großen Hoffnungen auf das Zustandekommen des Bloßkompromisses.

Von parlamentarischer Seite will das „Berl. Tagebl.“ erfahren haben, daß die Abmachungen dahin gingen: 50 Millionen Mark sollen durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden; der Rest von 100 Millionen Mark soll durch Besteuerungen sich ergeben, die durch die Einzelstaaten vom Einkommen zu erheben sind. Die Verteilung der auf die einzelnen Bundesstaaten treffenden Raten soll dem Bundesrat überlassen bleiben.

Die einzige Möglichkeit. „Es gibt nur eine Möglichkeit: Erhöhung der indirekten Steuern. Wenn nur 10 Mark Erhöhung auf den Kopf der Bevölkerung eintritt, dann haben wir schon 600 Millionen Mark. Dabei dürfen wir keinen Respekt vor der Pflücke des kleinen Mannes und keine allzu große Angst vor der Sozialdemokratie haben. Haben Sie schon die Pflücke des kleinen Mannes gesehen? (Zuruf: Zigarette! Importen!)“

So sprach das bekannte Herrenhausmitglied Herr von Burgsdorf, der bei anderer Gelegenheit die schmaltzige Erbschaftung so vieler Vergarbeiter auf geschlechtliche Ausschweifungen zurückführte, zur Belehrung des Professor Ad. Wagner in der herlichstigen Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Herr von Burgsdorf wird seitdem die beruhigende Antwort bekommen haben, daß die

Reichsfinanzreform ganz nach seinem Rezept gemacht werden wird. Fällt nämlich die Nachlasssteuer — und sie ist schon gefallen — dann werden die indirekten Steuern, die den breiten Massen auferlegt werden, nicht bloß jetzt um 5 bis 6 Mark pro Kopf gesteigert werden, sondern man wird auch bei künftigen Finanzbedarf des Reiches auf den Massenverbrauch zurückgreifen, so daß das Ideal des Herrn von Burgsdorf — 10 Mark mehr pro Kopf — in absehbarer Zeit erreicht werden dürfte. Heute betragen die Lasten an direkten und indirekten Steuern, die das deutsche Volk zu tragen hat, nach sorgfältiger Berechnung etwa 99 Mark pro Kopf, nach der Finanzreform sollen sie 44 bis 45 Mark pro Kopf betragen.

So wollen es die Junker, und dazu helfen sie alle mit, Zentrumsleute und Liberale!

Wieder ein kommunaler Wahlrechtsraub!

Aus Kiel meldet man dem „Vorwärts“: Soeben wird eine Magistratsvorlage bekannt für eine plötzlich einberufene Sitzung der städtischen Kollegien am 2. März. Die Vorlage fordert die Zustimmung der Stadtverordneten zu einem Gesetz an die Staatsregierung, ein Gesetz für Kiel zu schaffen. Das Gesetz soll enthalten statt des bisher gleichen Wahlrechts ein Dreiklassenwahlrecht mit der Rindorfer Verschärfung, ferner statt der bisherigen Wahl des Magistrats durch die Bürgerchaft durch die Stadtverordneten. Verlangt wird ferner die Erhöhung der Stadtverordnetenanzahl von 30 auf 54. Der Gesetzentwurf soll so beschleunigt werden, daß die Staatsregierung ihn dem Provinziallandtag in Kiel am 21. März 1909 vorlegen kann.

In der Begründung der Vorlage war die Veränderung ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie in nicht fernem Zeit städtische Stadtverordnetenplätze besetzen werde.

In Kiel besteht zurzeit, wie auch in den übrigen schleswig-holsteinischen Städten, ein nur durch einen allerdings hohen Prozentsatz eingeschränkter gleiches Wahlrecht. Da es trotz des Bestandes der bisherigen Kieler Sozialdemokratie gelungen ist, eine ganze Anzahl von Mandaten zu erobern, will man jetzt durch Einführung der kommunalen Dreiklassenwahlrecht, die noch nach dem Rindorfer Vorbild verschärft werden soll, der Sozialdemokratie ein unübersteigliches Bollwerk entgegenstellen.

Und das, trotzdem gerade der langjährige Kieler Oberbürgermeister Fuß der kommunalen Mitarbeit der Sozialdemokratie auf Grund seiner Kieler Erfahrungen unlängst noch das denkbar günstigste Zeugnis ausgestellt hat! Die Kieler Hausagrarier wollen aber die Sozialdemokratie in einer einflusslosen Minorität erhalten, deshalb ihr Antrag! Und wie es scheint, ist der politisch in bürgerlichen Kreisen dominierende Freisinn in Kiel kommunalpolitisch so ohnmächtig oder so jämmerlich geworden, daß er dieses Attentat auf das kommunalwahlrecht nicht verhindern konnte, respektive mitmacht!

Die Entrüstung über dieses Vorgehen des Magistrats ist, nach dem „N. L.“, nicht nur in der hiesigen Arbeiterschaft, sondern auch in den bürgerlichen Kreisen allgemein; sie kam heute Mittag in einer Versammlung von Vertretern aller kommunal. Vereine und Innungen zum Ausdruck. Die geplante Wahlrechtsänderung wurde einstimmig aus scharfster bekämpft und gegen ihre Durchsetzung in 48 Stunden wurde protestiert. Ein Ausnahmengesetz gegen eine „sozialdemokratische Ueberflutung“ sei völlig überflüssig und verwerflich. In scharfster Weise wurde gegen den Oberbürgermeister Fuß polemisiert; vereinzelt wurde sein Rücktritt gefordert. Die ganze Wahlrechtsveränderung wurde außerdem als ein Vorzeichen einer allgemeinen Fälschung des Gemeinwohlrechts in ganz Schleswig-Holstein angesehen. Dann wurde beschlossen: den Landtagsabgeordneten Hoff beim Minister des Innern vorzustellen, um die Vorlage zurückzuführen, bis das Resultat dieser Audienz vorliegt, sonst aber die Vorlage abzulehnen. Am Montag veranstaltete der liberale Verein eine Protestkundgebung, am Dienstag werden sozialdemokratische Demonstrationen vor dem Rathaus erwartet. Die Entrüstung ist allgemein. Die Bürgerchaft will nicht auf ihre freien Rechte verzichten, um dafür die altpreußische Städteordnung einzutauschen.

Der Sieg des Pluralwahlrechts in Oldenburg. Der Oldenburger Landtag hat in zweiter Lesung das Wahlgesetz den Antrag des agrarischen Abgeordneten Gerdes mit 26 gegen 18 Stimmen angenommen, wonach alle diejenigen eine zweite Wahlstimme erhalten, die 40 Jahre alt sind. Diesem Antrage hat auch die Regierung durch den Mund des Ministers Scheer zugestimmt, so daß das direkte Wahlrecht jetzt endgültig mit dem Prinzip des Pluralwahlrechts verbunden ist. Dagegen lehnte der Landtag mit 23 gegen 21 Stimmen einen weiteren Pluralwahlrechtsantrag ab, wonach außerdem auch derjenige eine zweite Stimme erhalten sollte, der mindestens 30 Jahre alt ist, seit 8 Jahren im Großherzogtum wohnt und Besitzer eines Grundstücks mit darauf befindlichem Wohngebäude ist.

Eingeleitet wurde die Sitzung mit einem starken Vorstoß des Genossen Schulz, der die reaktionären Kräfte der Agrarier und Liberalen. Genosse Schulz verführte den Herren nachmals, daß die Arbeiterklasse sich diese Volksvertretung nicht werde stillschweigend gefallen lassen, und daß die Sozialdemokraten alles tun werden, um das Volk zum Sammel gegen diese Wahlrechtsveränderung aufzurufen. Die Agrarier waren schamlos genug, zu behaupten, ihre Sak-

George W.

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

Aus Schlesien und Posen.

Arbeiterfeindliche Grubenbeamte.

Der Verein technischer Bergbeamten Oberschlesiens hat zu der dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Vergütungsnovelle in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus Stellung genommen, die in folgenden Ausführungen gipfelt:

Wir bitten das hohe Abgeordnetenhaus dringend, die geplante Einrichtung von Arbeiterkontrollen abzulehnen. Sollte das hohe Haus sich zu dieser heftigst ablehnenden Haltung nicht entschließen können, so bitten wir jedenfalls, die Kontrolle in einer anderen Form zur Einführung zu bringen. Für diese andere wichtige Form halten wir die Anlehnung an die englische Einrichtung in der Art für allenfalls brauchbar, daß man Grubenkontrollen einführt.

Dieser Verein der technischen Grubenbeamten, der sich durch Viehhändler gegenüber den Bergarbeitern auszeichnet, ist nicht zu verwechseln mit dem Verein technisch-industrieller Beamten, der eine arbeiterfreundliche Stellung einnimmt.

Der Hungerkampf der Eulengebirgsweber.

Den Webern und Weberinnen der Firma: Vereinigte Baumwollweberei, vormals H. Neugebauer Söhne und Karl Postpischil in Langenbielau ist, wie wir schon wiederholt gemeldet haben, ein Kampf aufgebrochen worden, der von der gesamten Arbeiterchaft dieses Betriebes mit jener Energie und Spitzfindigkeit durchgeführt wird. Es streiten zur Zeit 312 Weber und Weberinnen. Die Hilfsarbeiter, wie Spuler, Scherter und Anbrecher müssen feiern da keine Arbeit für sie im Betriebe vorhanden ist. Die Forderungsgesetz der letzten Lohnliste am Sonnabend, den 6. März 1909 ab. Dann stehen rund 600 Arbeiter im Kampfe. Und warum das alles? Weil eine Anzahl Familien der beständigen Klasse glauben, sich auf Kosten einer jenseitigen schon hinsichtlich ausgehungerten Arbeiterchaft noch mehr bereichern zu können. Zu diesem Zwecke haben sich 10 Familien zusammengesetzt, mit einem Stammkapital von 1 Million Mark. An Kapital haben diese 10 Familien eingebracht: Gustav Postpischil 40.000 Mark, Heinrich Postpischil 40.000 Mark, Bruno Postpischil 37.000 Mark, Karl Postpischil 40.000 Mark, Joseph Gröblich 43.000 Mark, Witwe Anna Neugebauer 248.000 Mark, Wlons Neugebauer 188.000 Mark, Bernhart Neugebauer 193.000 Mark, Elanore Fischer geborene Neugebauer 143.000 Mark, Herbert Neugebauer 143.000 Mark.

Die diese Auffstellung zeigt, wird nun selbstverständlich auch der Gewinn der eingezahlten Summen entsprechend verteilt. Nun wollen die Postpischil'schen Familien doch auch nicht zu kurz kommen, denn es ist speziell Herr Gustav Postpischil, mit nur 40.000 Mark Einlage, der den Hungerkampf durchdrücken will. In diesen 10 reichen Familien gesellen sich neben den andern guldgezahlten Beamten, noch 2 Direktoren, noch mit 14.000 Mark und Löhne mit 12.000 Mark Jahresgehalt. Das alles muß von diesen wenigen Arbeitern herausgeholt werden.

Die Weber haben sich im Jahre 1908 circa 4 Jahre bei 1/2 täglicher Arbeitszeit durchgehungen, in der Hoffnung, daß eine baldige Welterung eintreten werde. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie verließen im Jahre 1908 Langenbielau, um wo anders ein besseres Fortkommen zu suchen. Zum Neujahr 1909 wurde wieder volle Arbeitszeit eingeführt. Alles änderte sich. Satten doch oft Mann und Frau zusammen nicht mehr wie 7 bis 10 Mark in der schweren Zeit der Krise verdient. So kam die Forderung Neugebauer-Postpischil zustande, deren erste Zeit der sogenannte Postpischil (nach Direktor noch genannt) war. Dieser neue Tarif brachte Lohnabzüge von 15 bis 30 Prozent. Durch Verhandlungen wurden einige Verbesserungen erreicht, jedoch betragen die Abzüge immer noch 1-3 Mark pro Woche. Durch schlechtes Schuh- und Kleidermaterial wird der Verdienst der Weber noch ganz erheblich vermindert. Besser wurde es aber nicht. Am 15. Februar 1909 traten nun, da die Firma weitere Zugeständnisse nicht machte, die Weber und Weberinnen in den Ausstand. Bis auf eine Weberin haben sich alle, auch die Unorganisierten, die Aufseherinnen und die Mitglieder der katholischen Fachabteilung dem Streik angeschlossen. Eine Einmütigkeit, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Trotz der kalten Jahreszeit stehen täglich 144 Personen je eine Stunde Streikposten. Die Geschäftslokale in der Nähe der Fabrik unterhalten die Streikposten mit warmen Getränken, Gebäck, Wurst, Zigarren usw. Gleich nach Beginn des Streiks bezog eine Abteilung Polizeibeamte in einer Stärke von 4 bis 5 Mann, die leerstehende alte Schule neben der Fabrik. Diese Leute haben aber nichts zu tun.

Kaum hatte sich das Fabrikator am 15. d. Mts. hinter den Streikenden geschlossen, wurde den Webern, die eine Fabrikwohnung inne hatten, diese Wohnung sofort gekündigt. Am anderen Tage erhielten am Fabrikator folgender Anschlag:

Belanngmachung.

Die Weber und Weberinnen die am 15. d. Mts. die Arbeit ohne Kündigung verlassen haben, können sich am Donnerstags, den 18. d. Mts. ihren rückständigen Lohn, die Sozialversicherungen und ihre Entlassungen holen. Langenbielau, den 16. Februar 1909.

Alle diese Schredschüsse haben bei der Arbeiterchaft nicht verfangen. Es wurde dem Arbeiterausschuß bei der Verhandlung gesagt, daß die Arbeiter Kontraktbruch begangen hätten. Hier liegt jedoch Kontraktbruch nicht vor. Die Arbeiterchaft, hatte einstimmig den neuen Lohnarif abgelehnt und die Arbeit nur solange fortgesetzt, wie der alte Lohnarif in Kraft war. Unter dem neuen Tarif hat überhaupt noch kein Arbeitsverhältnis bestanden. Die Firma sucht sich in der Öffentlichkeit reingewaschen, durch folgende Notiz in der „Schlesischen Zeitung“:

Weberausstand in Langenbielau. Fast alle Weber der Vereinigten Baumwollweberei von H. Neugebauer Söhne und Karl Postpischil sind heute gegen 11 Uhr in den Ausstand getreten, obwohl ihnen aus den neu einzuführenden, örtlich in Reichensbacher Lohnarif eine erhebliche Aufbesserung zugesichert worden war.

Also hier bringt man es fertig, aus horrenden Lohnabzügen, erhebliche Aufbesserungen zu machen. Es ist unerhört, wie auf diese Weise die öffentliche Meinung zu Ungunsten der armen barben Arbeiterchaft beeinflusst werden soll. Der Reichensbacher Tarif ist weder in Langenbielau, ortsüblich

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...
...die Schenke angedacht dem Minister des Reichs ...

Eine Wohltat

Ein 10 Pf.-Paket reicht für etwa 20 Tassen! Nur echt in geschlossenen Paketen mit Bild des Pfarrer Knepp.

für jeden, der angestrengt arbeitet, ist ein
gesundes Hausgetränk. Rathreiners Malz-
kaffee ist bekömmlich, von würzig kräftigem
Wohlgeschmack und kostet wenig.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Rathreiner & Co. — Verlag von Walter Schiller. — Druck von Th. Schiller & Co. in Berlin. — Anstalt in Berlin.

Arbeiterbewegung.

Konferenz zur Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands.

Am 21. und 22. Februar fand in Berlin im Gewerkschaftshaus eine Konferenz statt, in welcher die seit langem vorbereitete Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands beschlossen wurde. Die Organisation der Landarbeiter oblag bisher dem Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter (St. H. A.). Schon seit 1902 ergingen Anregungen aus einzelnen Bezirken zur Gründung einer selbstständigen Landarbeiterorganisation. Der Fabrikarbeiter-Verband hielt indes an seiner Zuständigkeit für diese Arbeiterkategorie fest. Erst der Münchener Verbandstag dieses Verbandes beschloß, auf die zugunsten einer selbstständigen Landarbeiterorganisation zu verhandelnden unter der Voraussetzung, daß die der Gewerbeordnung unterstehenden Arbeiter von dem neuen Verband nicht erfaßt, sondern dem Fabrikarbeiterverbande verbleiben würden. Nachdem nunmehr die Bahn für eine neue Landarbeiterorganisation frei war, wurden die notwendigen Schritte zur Vorbereitung der Gründung in den einzelnen Reichsteilen unternommen, die durch die Berliner Konferenz ihren Abschluß fanden.

Die Konferenz beschloß, daß die neue Organisation, die den Namen: „Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter Deutschlands“ führt, ein einheitlicher Zentralverband für das ganze Reichsgebiet sein sollte, der in seine Bezirke und Ortsgruppen eingeteilt wird. Für Angehörige gewisser Spezialbranchen können Sektionen errichtet werden. Die Ortsbezirke, Bezirkssekretariate können zu einer Kreisorganisation vereinigt werden.

Für Zweck des Verbandes ist die allseitige Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Er soll erreicht werden durch Einwirkung auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages, Gewährung von Rechtschutz bei Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis, der Arbeiterversicherung oder der Arbeitslosigkeit, durch Gewährung von Kranken-, Alters-, Invaliden- und Sterbengeldern, durch Erreichung sozialer Arbeitsnachweise, obligatorischer, Lieferung des Verbandsorgans (das einheitlich und monatlich erscheinen soll) und durch Pflege der Geselligkeit und Solidarität.

Beitragsberechtigt sind alle Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf. Der Beitrag ist nach drei Klassen zu 30, 60 und 80 Pf. pro Monat abgestuft.

Die Gauvorstände können auf Beschluß der Gauskonferenzen und mit Zustimmung des Verbandsvorstandes Wochenbeiträge an Stelle der Monatsbeiträge einführen.

Die Einteilung der Gane bleibt dem Verbandsvorstande überlassen. Ortsgruppen sollen errichtet werden an Orten, wo eine genügende Anzahl von Mitgliedern vorhanden ist. Eine, in denen es nicht zur Bildung von Ortsgruppen kommt, können zu Bezirken vereinigt werden.

Organe des Verbandes sind der Vorstand, Ausschuss und Verbandstag. Der Vorstand wird seinen Sitz in Berlin oder dessen Umgebung, der Ausschuss in München haben. Der Verbandstag soll alle drei Jahre stattfinden.

Krankengeldunterstützung wird nach eintägiger Mitgliedschaft und Zahlung von 12 Monatsbeiträgen, Sterbengeldunterstützung nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 21 Monatsbeiträgen gewährt. Die Krankengeldunterstützung beginnt nach Ablauf der ersten mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitswoche, sie beträgt:

Kl. 1 pro Tag 30 Pf. oder pro Woche 2.10 Mk.
Kl. 2 „ „ 60 „ „ „ 4.20 „
Kl. 3 „ „ 80 „ „ „ 5.60 „

Das Sterbegeld beträgt in der 1. Klasse 20 Mark, in der 2. Klasse 30 Mark und in der 3. Klasse 40 Mark. Die Gauvorstände können auf Beschluß der Gauskonferenzen und mit Zustimmung des Verbandsvorstandes obligatorische Beitragszuschläge erheben und eine Erhöhung der obigen Leistungen eintreten lassen.

Nachregelungsunterstützung wird an Mitglieder, die infolge ihrer Tätigkeit für den Verband gemindert werden, bis zum Höchstbetrage von 30 Mark gewährt. Die Festsetzung bleibt vom Fall zu Fall dem Vorstande überlassen. Auch über die Gewährung und Art des Rechtschutzes entscheidet der Vorstand nach Prüfung der Sachlage.

Arbeitsnachweise können mit Zustimmung des Vorstandes erteilt werden.

Das monatliche Organ führt den Namen: „Der Landarbeiter“. Die Redaktion befindet sich am Sitz des Vorstandes.

Für den Vorstand und die Redaktion sollen zwei vollbesoldete Kräfte angestellt werden, daneben zunächst drei besoldete Gattiker. Es wird erwartet, daß für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung tätigen Angestellten, die Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsleiter sich nach besten Kräften in den Dienst der Organisation der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter stellen, damit es bald gelinge, in allen Provinzen und Bundesstaaten auf dem Lande Agitationszentren zu schaffen, die zu kräftigen Stützpunkten des neuen Verbandes werden. Möge die neue Organisation der Landarbeiter ein Bahnbrecher werden, der den Millionen deutscher Landproleten ein freies Koalitionsrecht und ihnen mitbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse erringen hilft.

Bergarbeiterbewegung. Am Sonntag fanden in allen Stein- und Braunkohlenbezirken Deutschlands insgesamt 63 Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit der neuen Verfassungsnovelle der Regierung und der geplanten Kohlensteuer beschäftigten. Nachfolgende Resolutionen wurden den Versammlungen vorgelegt:

Resolution I.

Die heute tagende Bergarbeiterversammlung spricht ihr volles Einverständnis aus mit den einmütigen Beschlüssen des Bergarbeiterkongresses, welcher vom 1. bis 3. Februar l. J. in Berlin tagte. Die Versammlung kann insbesondere nur in einer einheitlichen, reichsgesetzlichen Regelung eines besseren Bergarbeiterlohnes und des Knappschaftswesens den einzig richtigen Weg zu besseren Zuständen im Bergarbeiterleben erblicken.

Die Versammlung können nur in völlig freigestellten, vom Staate bezahlten, von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte mittels geheimer Wahl gewählten sachkundigen Grubenkontrolloren ein wirkliches Mitspracherecht haben, wodurch es ermöglicht wird, die erscheinenden Unfälle im Bergbau auf eine möglichst geringe Zahl zurückzuführen. Sogar solche vom Arbeitgeber abhängige, in Arbeit stehende Kontrolloren (Sicherheitsmänner genannt) können niemals den nötigen Einfluß gewinnen, um Grubenunfälle zu vermeiden, so daß dieses System nicht im geringsten den erhofften Erfolg bringen wird.

Aus dieser Überzeugung heraus erachtet die Versammlung den preussischen Landtag dringend, die von dem Ministerium vorgelegte Berggesetznovelle vom 8. Februar l. J. abzulehnen und die preussische Regierung zu veranlassen, daß sie im Bundesrat der vom Reichstag kürzlich einstimmig beschlossenen Einführung eines Reichsberggesetzes eifrig zustimmt, damit die Schicksale einzelner auf 8 Stunden beschränkter, die Grubenkontrolloren in obigen, von den Versammelten gutgeheißenen Sinne für das ganze Reich einheitlich, das rigorose Strafwesen einheitlich und auch das Knappschaftswesen einheitlich geregelt werden.

So wie der katholische Landtag kürzlich einstimmig beschloß, die geistliche Regierung solle im Bundesrat für Einführung eines Reichsberggesetzes stimmen, sollten auch der preussische Landtag und alle anderen Landesparlamente dieses Beispiel nachahmen. Zum sie dieses nicht und stimmt der Bundesrat einer einheitlichen Regelung des Bergarbeiterlohnes wie der nicht zu, so sind diese drei allein verantwortlichen, wenn im deutschen Reich die blutigen Massenmorde von Grube neben in Saarbrücken und Radowitz in Westfalen sollten doch endlich alle Grubenarbeiter zu durchgreifenden Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter veranlassen. Die vorgekommenen 3612 tödlichen Unfälle im deutschen Bergbau in den letzten zwei Jahren sind eine Schmach, die das deutsche Ansehen beeinträchtigt.

Das in der genannten preussischen Berggesetznovelle vorgeschlagene System der Sicherheitsmänner ist und kann kein durchgreifendes Hilfsmittel sein, sondern wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen. Wo es bisher eingeführt wurde (Saarbrücken und Radowitz) ist es wirkungslos geblieben. Die Versammlung machen es allen Parlamentariern und Politikern zur Pflicht, angesichts der einheitlichen Bergarbeiterbewegung nach den Vorschlägen der Arbeiter zu sorgen.

Resolution II.

Die heute tagende Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen den von agrarischer Seite gemachten Vorschlag, zur Bewältigung des Reichsfinanzdefizits eine Reichsteuer (50 Pfennig pro geförderter Tonne) einzuführen. Wie die Arbeitsverhältnisse in der Bergwerksindustrie heute liegen, würden die ganz außerordentlich stark kartellierten und subventionierten Werksbesitzer ohne Schwierigkeiten entweder durch Lohnsenkungen der Kohlen-, Holz- und Breielpreise oder durch Lohnsenkungen der Kohlensteuer auf die Konsumenten oder auf die schon jetzt

mit Lohnsenkungen, Kettenschichten und Entlassungen lebenden Grubenarbeiter abwägen. Das ist übrigens schon von den Werksbesitzern unüberhört angelündigt worden. Die Kohlensteuer würde also in Wirklichkeit nicht von den Werksbesitzern getragen werden, sondern sie wäre eine neue indirekte Belastung des Volkes, die gerade den ärmsten Haushalt am empfindlichsten triffe. Die Versammlung fordert den Reichstag auf, überhaupt alle den Lebensunterhalt der breiten Masse weiter verteuern Steuern abzuschaffen und nur solche zu bewilligen, die in direkter und für die Reichsbedürfnisse ausreichender Weise die bestehenden Volksschichten befallen.

Vom heiligen Bureautrat. Das „Demmer'sche Tagblatt“ weiß ein neues Gedächtnis vom heiligen Bureautrat zu erzählen, das hier niedergegeben sei: Gelangte da nämlich an einen Demmer'schen Obermeister ein Brief von einem auswärtigen Beamten, der ihm die Ausstellung eines Verbriefes. Der Beamte sei 1847 geboren und bei der Annahme in Demmer 1863 oder 184 oder 1847 geboren worden. An dem Jahr in Woburn streife er über 30 Jahre selbstständig sein Handwerk. Jetzt, im 63. Lebensjahre, da er sich hab von dem Handwerk zurückzuziehen gedachte, komme auf einmal die Verheißung und verlange den Nachweis von ihm, daß er das Handwerk, das er 31/2 Jahrzehnte unter ihren Augen ausgeübt, auch erlernt habe!

Die Konfederation der Arbeit hatte dieser Tage die Wahl eines neuen Sekretärs vorzunehmen, da Griffluch sein Amt wegen unzureichender Tätigkeit niedergelegt hatte. Er kandidierte aber wieder und neben ihm der Buchdrucker Riel und der Banarbeiter Nicolet. Beim ersten Wahlgange erhielt Riel 27, Griffluch 19, Nicolet 12 Stimmen; im zweiten Wahlgange wurde Riel mit 28 gegen 27 Stimmen, die Nicolet erhielt, gewählt; Griffluch bekam diesmal nur eine Stimme.

Dieses Resultat ist von neuerer Trauer. Riel ist einer der Hauptvertreter der „Deutschen Gewerkschaftsmethode“ innerhalb des französischen Syndikalismus, deren Ziel sich in letzter Zeit erheblich vermehrt hat. Er bekämpfte schon auf dem Pariser Kongress die jetzige Taktik der Konfederation, den Antiparlamentarismus. Er und die hinter ihm stehenden Gewerkschaften treten auch ein für den Wieder aufbau der französischen Bewegung, an das internationale Gewerkschaftssekretariat.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. März.

Geschichtskalender.

3. März.

- 1843 Berlin wird von den Engländern geräumt und von den Russen besetzt.
- 1861 Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland.
- 1871 Paris wird von den Deutschen geräumt.

* **Gegen die Zirkusjunker und gegen die Tabaksteuer** nahm Montag Abend die Breslauer Arbeiterkassette in einer großen Versammlung Stellung, die im Saale des Gewerkschaftshauses stattfand. Das Lokal war lange vor Beginn vollständig abgeperrt. Es mochten rund 2000 Männer und Frauen anwesend sein, die Saal und Galerien bis auf den letzten Winkel besetzt hielten.

Zunächst sprach Genosse Albert, der davon ausging, daß die Junker in den Novembertagen zeitweilig recht kleinlaut waren, als gelegentlich der englischen Veröffentlichungen des Kaiser-Interviews vor aller Welt offenbar wurde, daß die preußisch-deutsche Junkerdiplomatie von auswärtsiger Politik nicht weniger denn gar nichts versteht. Aber bereits am 11. Januar, bei Beratung des freisinnigen Wahlrechtsantrages im preussischen Abgeordnetenhaus, redeten sich die Junker wieder in ihrer glorreichen Dreifachheit. Gegenwärtig rebellieren sie gegen die Belastung des Volkes mit 50 Millionen Mark Erbschaftsteuer. Dabei sind sie es selbst, die das Defizit im Reich verschuldet haben. Redner ging sodann auf das Wachstum der großen Vermögen auf dem Lande näher ein. Nach Berechnungen des konservativen Professors Delbrück sind in Deutschland 166 Milliarden Mark Vermögen

Aus aller Welt.

Der Raubmord auf der Eisenbahn bei Dirschau, dem der Amtsrichter Ehrt am 23. Februar verurteilt worden, als der Täter, der 23 Jahre alte Wirtschaftsbefehlshaber Georg Ulrich von der Velde, wie schon mitgeteilt, ein Geständnis abgelegt hat. Er hat dies Geständnis aber, wie weiter gemeldet wird, nicht freiwillig, sondern erst dann abgelegt, als ihm einwandfreie Zeugen gegenübergestellt wurden und er keinen Ausweg wußte. Der bei der Tat Ehrt's aufgefundenen Revolver, der als Eigentum von der Velde's verzeichnet worden war, wurde in erster Linie an ihm selbst zum Verfall. Die Ausführung der grausigen Tat schildert der Richter in folgender Weise: Er habe an dem fraglichen Morgen von Dirschau aus nach Danzig zu verreisen beabsichtigt. Auf Station Sankt Peter sei er in das Abteil eingestiegen und habe ihn sofort bemerkt, seine Ehre verlor und ihn auf's äußerste gereizt. In der Erregung habe er zum Revolver gegriffen und den Verbrecher niedergeschossen. Nachdem er dann mit Schreden wahrgenommen, daß er mit seinem eigenen geringen Geldmitteln nicht weit kommen würde, habe er dem Toten 30 Mk. geraubt und sei später nach Danzig gefahren.

Der Verhaftete von der Velde sollte, wie anderweitig gemeldet wird, ein Sohn des bekannten Kunstmalerers Professor P. von der Velde in Weimar sein. Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen. Professor von der Velde in Weimar hat nur einen kleinen, drei Jahre alten Sohn und ist auch im übrigen mit dem verhafteten Elveren nicht verwandt.

Savinen auf den Schienen. Schneefälle haben in Dirschau große Verkehrsstörungen verursacht. Der Eisenbahnverkehr wurde, wie ein Telegramm aus Graz meldet, bei Maria-Feld in Märien von einer Savine verschüttet und erst nach sechs Stunden Arbeit aufgeschüttet. Zwischen Rosenbach und Thal ist der Verkehr durch eine Savine unterbrochen.

Erkrankung an echten Pocken. Unter dem Verdacht der Erkrankung an echten Pocken wurde in Berlin der Gefäßchirurg Dr. W. dem Rudolf Virchow-Krankenhaus eingeliefert. Die nötigen Vorkehrungsmaßregeln sind seitens des Krankenhauses getroffen worden. Die Frau des Kranken wurde übrigens gleichfalls im Virchow-Krankenhaus untergebracht.

Raubmordversuch eines jungen Mädchens. Ein Raubmordversuch, der von einem siebzehnjährigen Mädchen verübt wurde, wird aus Charlottenburg gemeldet. In dem Götter- und Ostfaden der Händlerin Jahn in der Wismarstraße erschien das siebzehnjährige Mädchen Margarete Behne. Als Frau Jahn die von dem Mädchen verlangten Waren hervorholte, schloß sie die Thür zu und mit einem Hammer hinterücks nieder. Auf das Gesehe der Händlerin schloß sie die Thür zu und mit einem Hammer hinterücks nieder. Auf das Gesehe der Händlerin schloß sie die Thür zu und mit einem Hammer hinterücks nieder.

molte. Die Täterin wurde verhaftet und der Charlottenburger Kriminalpolizei zugeführt. Die Händlerin ist nicht lebensgefährlich verletzt.

Aus dem Ueberschwemmungsgebiet in der Altmark kommt die Meldung, daß man erst jetzt, nachdem der Wasseranfluß aus der Elbe in die Niederung aufgehört hat, einen Überblick über die Verheerungen gewinnt, die durch die Dammbrüche herbeigeführt worden sind. Die Chaussees sind zum größten Teile wasserfrei und passierbar. Wie man jetzt festgestellt hat, haben sich an den Durchfällen Vertiefungen bis zu 10 Metern gebildet und ungeheure Sandmassen sind aus dem Erdboden herausgehoben, die die Felder bis zu 20 Zentimeter hoch bedecken. Es dürften Jahre vergehen, bevor die Ackergerölde wieder ertragreich gestaltet werden können. In den wasserfrei gewordenen Häusern werden Holzkohlen aufgestellt, um die Räume möglichst schnell auszuwischen und benutzbar zu machen. In diesem Zwecke sollen nicht weniger als 6000 Troadenfenster verwendet werden. In den niedrig gelegenen Geländen haben sich weitenweite Seen gebildet. Das Wasser muß allmählich eintreten und es dürften Monate vergehen, ehe es völlig verschwindet.

Die Vereinigten Berliner Spediteure haben sich, wie in früheren Fällen, auch diesmal bereit erklärt, Hebesachen für die durch das Hochwasser geschädigten Einwohner der Altmark kostenfrei bei der Eisenbahn anzuverleihen.

Amerikanische Antiquitätenjäger in Mexiko. Die amerikanischen Willkäre, denen jetzt die Ausfuhr von Antiquitäten aus Italien verboten worden ist, und die nur noch mit Schlichen ihre Plünder ausführen können, wollen auf dem Trümmersfeld von Mexiko nach verbliebenen Schätzen fahnden. Es sollen amerikanische Spezialisten im Auftrag von Sammlern nach Mexiko entsandt sein. Die „El Estrella“ warnt vor diesen Antiquitätenjägern und sagt ihnen, daß sie sich mit einem Stabe italienischer Archäologen und mit vorzuziehender Arbeiter umgeben hätten; die Spezialisten seien mit überaus reichen Mitteln versehen. Das Blatt fordert die Behörden von Mexiko zur Wachsamkeit auf, damit den Amerikanern ihre Absicht vereitelt wird.

Große Unterschlagungen. In Ludwigshafen wurden durch die jetzige königliche Eisenbahndirektion-Zentrale große Unterschlagungen und Diebstahlsaktionen zum Nachteil der früheren Königlich Preussischen Eisenbahnen entdeckt. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf etwa 85.000 Mark. Einer von den an den Unterschlagungen beteiligten Beamten, namens Seebach, hat sich heute selbst vergiftet. Er war 35 Jahre bei der Eisenbahndirektion bedienstet.

Klerikale Straußellosigkeit. Im Verlage von J. P. Bachem in Köln erscheinen sowohl die ultramontane „Königliche Zeitung“ als auch die Romane der klerikal verordneten Schweizer Schriftstellerin Isabelle Kaiser. Dieser Verlag ist in klerikale Beziehung

bekanntlich so empfindlich und gartförmig, daß er im Zerkentel der „Königlichen Zeitung“ nicht einmal einen Artikel duldet, der die klerikale Jungferlichkeit darstellt. Man sollte also bei diesem Verlag das Subtilste an stilistischer Feinheit in allen Lebenslagen erwarten können. Aber siehe da, das Gegenteil ist, wie es scheint, so viel mit Trübsal befüllt, daß es für andere Dinge keine Zeit mehr hat. So finden wir denn in der „Königlichen Zeitung“ das folgende Inserat:

Isabelle Kaiser !

Aus der Schweiz kommt die Trauerkunde, daß die Verfasserin der beiden Romane **Water unter...** Geb. M. 3.—, geb. M. 4.— und **Die Friedensjägerin** Geb. M. 3.—, geb. M. 4.— forben gestorben ist. Die Bücher der Entschlafenen sind durch jede Buchhandlung zu beziehen. J. P. Bachem, Verlagsbuchhandlung, Köln.

Wenn die Trauer über den Tod von Isabelle Kaiser dem frommen Verlag gebietet 3 Mark, gebunden 4 Mark einbringt, so ist sie gewiß recht und überwindet deshalb spielend alle Hemmnisse, die sich gerade vom stillosen Standpunkt gegen eine solche Reklame erheben können.

Literatur.

„Arbeiter-Jugend“. Die Nummer 3 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervorzuheben: Arbeitslosigkeit. (Beitrag.) — Jugendbewegung und Lernen. Von E. Adler-Piel. — Bücher und Bibliotheken für die arbeitende Jugend. Von E. G. — Die sozialistische Bureaufürsorgekapitalistische Jugendwohlfahrt. — Ein sozialistischer Aufbau. (Num. 50. Geburtsstunde der materialistischen Weltanschauung.) II. — Die Gewerkschaftsorganisation. Von W. J. — Aus der Politik. Von H. B. — Aus der deutschen Jugendbewegung. I. Die Jugend- und Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — II. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — III. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — IV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — V. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — VI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — VII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — VIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — IX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — X. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XL. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — XLIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — L. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXX. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXXI. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIII. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXIV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXV. Die Jugendbewegungen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Von H. G. — LXXXXXXXVI.

enthaltend, wobei indes nur 91 Millionen Mark versteuert werden. Zu den Steuerbestandszahlen zählen aber in erster Reihe die Zinsen. Der hauptsächlichste Grund gegen eine Erbschaftsteuer ist deshalb auch nur der, daß der Staat so zu der Gelegenheit käme, sich nach dem Tode eines Hundes an dessen Vermögen für den bei Lebzeiten verübten Steuerbetrug schadlos zu halten. Nachdem Redner die Vorlesungen im Hirtens Buch noch einer ausführlichen Kritik unterzogen hatte, kam er zu dem Schlusse, daß das Volk nach schärferen Mitteln Umschau halten müsse, als die bisher angewendeten, um die Herrschaft politischer Mordbrenne abzuschnitten, als die sich die Zinsen darstellen. Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Hierauf sprach Genosse C l e m e n t über das geplante Abkommen auf die Tabaksteuer. Als im Jahre 1879 die erste Tabaksteuer im Reich eingeführt wurde, sind danach 20.000 Tabakarbeiter arbeitslos geworden. Damals waren aber im ganzen Reich nur 110.000 Tabakarbeiter beschäftigt. Bedenkt man, daß deren Zahl heute über 200.000 beträgt, dann kann man sich einen Begriff vom Umfang der Arbeitslosigkeit machen, die durch eine abermalige Heberhebung der Tabaksteuer erzeugt werden würde. Während in den 70er Jahren die Tabakindustrie im wesentlichen auf Norddeutschland beschränkt war, ist sie infolge der Besteuerung in Ostpreußen gedrängt worden, die niedrigeren Löhne aufzuweisen. In Ost- und Norddeutschland hat sich die Tabakindustrie entwickelt, und während früher die Tabakarbeiter zu den bestgestellten ihrer Klasse zählten, leiden sie heute unter den erbärmlichsten Löhnen. Das Durchschnittseinkommen der deutschen Arbeiter beträgt sich auf 127,50 Mark, während das Durchschnittseinkommen der Tabakarbeiter nur 54,64 Mark beträgt.

Die Vernichtung der Industrie durch die Steuerlaster haben schon jetzt großen Schaden für die Arbeiter mit sich gebracht. Wenn aber infolge einer neuen Steuer Tausende arbeitslos würden, keine Nahrung und keine Stadterhaltung würde sich ihnen annehmen, wie das Verhalten des Obergerichtspräsidenten v. d. G. gegenüber den Bitten der Arbeitslosen beweist. Dabei sind in der Tabakindustrie jenseit Personen mit körperlichen Gebrechen beschäftigt, die in anderen Industrien nicht unterkommen können. Leider können die Tabakarbeiter von den gegenwärtigen Abgeordneten nicht erhoffen, daß sie gegen eine Steuer stimmen, die so schwere Schäden für eine ganze Industrie mit sich bringen dürfte.

Auch dieser Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, worauf die Versammlung einstimmig eine scharfe Protestresolution gegen die Volksausbeuter annahm.

Die moderne Flugmaschine.

(Bericht der Studiengesellschaft für Aerial, Dresden-Klein, Kgl. Erdbeobachtung.) Am Sonntag hielt im Gewerkschaftshaus der technische Leiter der Studiengesellschaft Herr Ingenieur Schrader einen Vortrag über die moderne Flugmaschine, in welchem der Redner über den gegenwärtigen Stand der Flugtechnik, über die Art der modernen Maschine und über die Zukunftsaussicht der Flugmaschine sprach. Der Redner teilte die Flugmaschine in drei Klassen ein, in Schwingenflieger, Schraubenflieger und Dreiflügler. Von den Schwingenfliegern, obwohl diese, direkt auf eine Nachahmung des Vogelfluges beruhenden Flugmaschinen die ältesten sind, liegen bis heute brauchbare Maschinen nicht vor, trotzdem einzelne Konstrukteure es gelungen ist, mit Hilfe von Schwingenfliegern geringen Auftrieb zu erzielen. Es wird jedoch, unter andern Mitteln einer Schraubenflieger, die in der Lösung dieses Problems gebräuchlich ist, in absehbarer Zeit, auch diese Flugmaschinenart, wahrscheinlich zu praktischen Erfolgen kommen wird.

Die Schraubenflieger liegen bei solchen Schlagfliegern in der Überwindung der bei der Umkehrung der Flügel auftretenden großen Widerstände, die das leichte Material der Flugmaschine gestört. Einige neuere Versuche dieser Tragflügel, durch die Anwendung fortgesetzter rotierender Schlagflügel zu bewirken, führte Redner durch Vorzeigung von Modellen an. Hinsichtlich der „Schraubenflieger“, welche bis heute ebenfalls keine bemerkenswerten Leistungen aufzuweisen haben, verweist der Redner auf die Arbeiten von Hermann Oberth, welchem Konstrukteur trotz mancher Einwände, eine technische Genialität und vor allen Dingen eine große mechanische Kunstfertigkeit und eine tüchtende Ausdauer nicht abzusprechen ist. Von modernen Schraubenfliegern-Konstruktionen ist der Gyroplan von „Breguet“, eine französische Konstruktion mit mehreren großen Doppelpropellern erwähnenswert. Derselbe Gyroplan ist es gelungen, sich, wenn auch nur einseitig und wenige Meter vom Boden zu erheben. Redner glaubt, daß dem Schraubenflieger eine sichere Zukunft in Aussicht gestellt werden könne, nur müßte der wesentliche Teil derselben, die horizontale Tragfläche, noch eine Umgestaltung erfahren, da der Flugflügel einer jeden Schraube noch allzu gering sei. Versuche, die eine neue Konstruktion der Schraubenflieger, seien zurzeit im Gange. Bemerkenswert sei die Luft-Turbine von Benoist, Dubouche, mit welcher gelangt von der Rotationsbewegung der Propeller angetrieben worden sind, deren Abflug noch im Laufe der nächsten Monate zu erwarten ist.

Die dritte Klasse der Flugmaschinen, die „Dreiflügler“, haben es bis heute am weitesten gebracht. Diese sind hervorzuheben aus den einfachen Gleitfliegern, einer Art Fallschirme, die bei geeigneter Konstruktion und unter Benutzung eines Antriebs von einem erhöhten Punkte aus, einen Menschen in schräger geneigter Richtung abwärts zu tragen vermögen. Der Redner wies auf die verschiedenen Arbeiten des deutschen Ingenieurs, Otto Lilienthal, hin, der nicht seinen Nachfolger, den Engländer Bleriot, die Grundlage für den Bau der modernen Flugmaschine durch seine Uebung mit Gleitfliegern gelegt habe. Redner schildert dann weiter, wie durch die Anwendung des Achsenmechanismus an Stelle der einfachen Gleitflächen eine weitere Verbesserung erzielt sei und wie mit solchen Rotationsdrachen in Frankreich und in Amerika von verschiedenen Gruppen langwierige Versuche vorgenommen wurden, die endlich zu dem Bau eines brauchbaren leichten Motors in solchen Rotationsdrachen führte. Redner führte dann und schließlich auch zu der Verfertigung von Dreiflüglern mit motorischem Antrieb in Frankreich. Ein bemerkenswertes Kapitel war der aerodynamische Stabilität der Flugmaschinen, das heißt der Verhinderung ihrer normalen Lage unter dem Einfluß störender Windbewegungen gegenüber. Diese Stabilität erreicht der Redner abermals an der Hand der Modelle und legte unter Vorzeigung eines Rotationsdrachens Flugmodells vor, nämlich der Zweiflüglermaschine der Frau. Wright und der Einfachen-Maschine, des französischen Konstrukteurs Mouton. Redner erläuterte die Unterschiede der beiden und ihr besonderes Verhalten in Bezug auf Stabilität. Sodann gab der Vortragende noch seiner eigenen Meinung über die Zukunft der Flugmaschine Ausdruck und meinte, daß auch im Laufe dieses oder nächsten Jahres die Flugmaschine als Verkehrsmittel wenigstens für die kurzen Strecken und bei geeigneten Wetterverhältnissen zur Geltung kommen werde.

Kunstgewerbe, Kaufmann, Publikum.

Die Gleichzeitigkeit des großen Publikums in künstlerischen und kaufmännischen Dingen ist eine bekannte Tatsache und hat heute wie vorhin die Kunst in ihren verschiedenen Formen und in der Produktion der Waren, die sie hervorbringt, eine große Rolle gespielt. Die Kunst ist heute nicht mehr eine isolierte Tätigkeit, sondern sie ist mit der Produktion der Waren verbunden. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Diese grundsätzlichen Fragen werden allerdings nicht angeht, wenn bürgerliche Reformen dem Handel zu Hilfe kommen wollen. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Wenn man nur den Vortrag innerhalb des gestrichenen Rahmens, so brachte er vieles, was zu denken anregend war und was vor allem die aufblühende, geistig-kulturelle Entwicklung des Kunstgewerbes richtig darstellte. Das Kunstgewerbe ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Um die Jugend zu gewinnen richtet der Kunstschaffende der Deutschen Jugend an die Eltern, Lehrern und Lehrern. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Frage der Vaterländischen Gesinnung in den Kunstvereinen wird heute diskutiert. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Der Hinweis auf die Frage der Vaterländischen Gesinnung in den Kunstvereinen wird heute diskutiert. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

In den drei städtischen Bezirken wurden in dem Quartier Ober-Altstadt 908 84,588 Mark gezahlt, und zwar 23,766 in der ersten (Altstadt), 57,011 in der zweiten (Altstadt) und 23,811 in der dritten (Altstadt). Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Der Hinweis auf die Frage der Vaterländischen Gesinnung in den Kunstvereinen wird heute diskutiert. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Der Hinweis auf die Frage der Vaterländischen Gesinnung in den Kunstvereinen wird heute diskutiert. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Der Hinweis auf die Frage der Vaterländischen Gesinnung in den Kunstvereinen wird heute diskutiert. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

darüber 17.000 Mk. Hilfsarbeiter unter 18 Jahren bitten an Stationen nicht beschäftigt werden.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums. Die Kunst ist heute eine notwendige Bedingung für den Erfolg des Kaufmanns und des Publikums.

Zigarren! — Zigaretten!

Neu eröffnet!

Zweiggeschäft meines Spezial-Hauses
**echt importiert. Hamburger
und Bremer Zigarren,
Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabake.**

Sämtliche Marken bei billigster Preisberechnung.
Kulanteste Bedienung. 998

Hauptgeschäft: **Otto Nelke.** Zweiggeschäft:
Gebitzstrasse 7, **Reichstr. 10,**
Ecke Götzenstr. **Ecke Theresenstr.**

Rauchtabak! — Kautabak!

„In freien Stunden“.
Austrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Repertoire zu beziehen.

42. Sitzung. Montag, den 1. März.
Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Moltke.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten. Da hierzu noch zahlreiche Änderungsanträge eingebracht sind, geht die Vorlage wieder an die Budgetkommission zurück.

Dann wird die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

atl.) bespricht bez.

Paul Schilling.

Das Verfahren des Regierungspräsidenten war sicher nicht sonderlich geschickt. Wenn der Abg. v. Heydebrand gesagt hat, durch sein Vorgehen gegen diesen Beamten habe der Minister die Autorität der Beamten untergraben, so muß doch auch darauf hingewiesen werden, daß die Autorität des Ministers untergraben wird, wenn er gegen Beamte, trotzdem er es für notwendig hält, nicht mehr einschreiten darf. Im übrigen sollte man nicht gegen Schriften, wie sie Herr Schüding verfaßt hat, gleich das schwere Geschloß des Disziplinaverfahrens aufklopfen. Dadurch bekommen diese Schriften eine Bedeutung, die sie nicht haben. (Sehr richtig! rechts.)

Hr. Abgeord. v. Zedlitz (freikons.) bezieht die Reform der preussischen Verfassung und fordert den Minister auf, alle veralteten Abtheilungen abzugrenzen. Er wendet sich dann gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für die Gemeindefürsorge. Der Abg. sucht sich auf das anerkennende Verhalten des Oberbürgermeisters zu beziehen; so berührt es eigenartig, daß gerade jetzt der Hieser Magistrat das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung ändern will, um einer Verletzung durch die Sozialdemokratie vorzubeugen. (Stürmisches Höre, höre! rechts.) Und was die Bürger einer anderen Stadt gedacht, als die Gefahr bevorstand, durch die Sozialdemokratie veranlaßt zu werden, das haben Sie

durch die Sozialdemokratie veranlaßt zu werden, das haben Sie an Marx gesehen können. (Leb. Zustimmung rechts.) Dort haben die Gemeinderäte aller bürgerlichen Parteien sich auf einen Beschluß geeinigt, der das Wahlrecht nach der Richtung verbessert, daß die Sozialdemokraten, die selbst keine Steuern zahlen, nicht über die Steuern der anderen verfügen könnten. (Leb. Beifall rechts.)

die Steuern der ärmsten betragen könnten! (Leb. Besch. 1 min.)
 Jurus b. d. Freil.: Wir haben diese Maßnahme des Niddorfer Magistrats gemißbilligt! Das mag sein, ich weiß auch, daß Sie theoretisch für das Reichstagswahlrecht auch zu den Gemeindelfreischafften eintreten. Aber in der Praxis handeln Sie ganz anders. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soc.; sehr richtig! rechts.) Wenn es sich darum handelt, zu verhindern, daß die Sozialdemokraten die Macht über eine Stadt in die Hand bekommen, dann haben bisher immer noch die bürgerlichen Parteien zusammengehenden. (Lebh. Bravo! rechts.) Die Sozialdemokraten sagen, sie wollen eusegiglich bleiben, wenn ihre Gegner es auch bleiben. Das heißt nichts anderes, als daß sie eusegiglich bleiben wollen, wenn die bürgerlichen Parteien bereit sind, ihnen die Macht in die Hand zu geben und
 so dumm werden wie wir niemals sein.

(Stürmischer Beifall rechts und im Centre.) Dann würden sie die Gewalt an die Stelle der Gesellschaft treten lassen und wir fürchten uns vor Ihnen (an den Soc.) nicht. Wir werden alles tun, was wir im Interesse des Staates, im Interesse des Volkes, das wir lieben, im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes für richtig halten, und wir werden danach auch unsere Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie einrichten. (Stürmischer Beifall rechts; Pfaffen brachen Soc.)

Minister des Innern v. Mostke: Der Abg. Sieck hat am Sonnabend gesagt, die Sozialdemokratie wolle ihr Ziel nur mit gewaltigen Waffen erkämpfen. Das klingt ja außerordentlich harmlos. Aber sind die Straßendemonstrationen geistige Waffen? (Sehr gut! richtig.) Auf dem Münchener Parteitag hat der Abg. Sieck gesagt, in Preußen werde es eines Tages an Kopf und Kragen gehen. (Stürmisches Hört, hört! b. d. bürgerl. Parteien. — Zuruf b. d. Soz.: Das liegt an Ihnen!) Nein, das liegt an Ihnen. (Gr. Hst.) In der „Neuen Zeit“ hat der Sozialdemokrat Parnis geschrieben, er wolle 1,000,000 Arbeiter auf der Straße versammeln und sie lehren, die Straße zu beherrschen. (Stürm. Hört, hört! bei den bürgerl. Parteien.) Wenn solche Kundgebungen vorliegen, dann ist es unsere Pflicht, das Treiben der Sozialdemokraten unter die Lupe zu nehmen. (Leb. Zustimmung.) Jede der Polizei ist es, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Ordnung wieder zu erhalten. (Leb. Beifall.) Wenn sich

die Polizei dabei der Geheimpolizisten bedient,
so steht sie dabei nicht vor der Frage: ist das schön oder nicht?
sondern vor der Frage: ist das notwendig oder nicht? (Vebh.)

In der Sonntag-Nachmittags-Vorstellung mußte abermals die „Fiebernaut“ von Joh. Strauß gehalten, um einem Gast, Herrn Dr. Gustav Luedenfeldt aus Leipzig Gelegenheit zu geben, sich als „Eisenstein“ dem Breslauer Publikum vorzustellen. Die Qualitäten des Gastes sind, wenigstens was die Darstellung anlangt, ganz annehmbare, die Stimme insofern mangelt noch sehr der Vervollkommenung, sie klingt oft bedenklich kuttural und entbehrt zur Zeit eines sicheren, gefestigten Timbres, der ihr die erforderliche Geschmeidigkeit zu verleihen vermag. Allerdings wurde dem Gast das Debüt (auf Engagements wachstheilmäßig) sehr ersichert durch eine völlig unzulängliche Rosalinde als Barmerin. Fräulein Christel Langenbahn, die die Rosalinde kreirte, war darsellerisch direkt unmöglich. Das Einzige, was sie annähernd hielt, war ihre allerdings sehr hübsche Stimme. Die Sängerin beherrschte ihre Partie aber derart mangelhaft, daß man schon im ersten Akt an kein gutes Ende glauben konnte, und nur der Geistesgegenwart des Kapellmeisters Fuchs und der Sicherheit des Ensembles ist es zu danken, daß es im dritten Akt, als das Gedächtnis der Sängerin gänzlich schwinden wollte, zu keiner Katastrophe kam.

Das größte Verdienst an der, unter diesen Umständen sehr schwachen Aufführung, gebührt neben Herrn Gräbe und dem ausgezeichneten Ensemble Fräulein Ellen Wood, die eine vorzüglichste Arole verkörperte. Dies konstatierten wir um so lieber, als wir seiner Zeit bei der ersten dieswintertischen „Hieberrnau“ Aufführung mit der gebührenden Anerkennung für die Darstellung Fräulein Ellen Woods als Arole fast allein ständen. Inzwischen hat allerdings die Sängerin auch die Anerkennung ihrer vorherigen „Ablehner“ gefunden, so daß uns die Suche der Direction nach einer neuen „Arole“ durchaus überflüssig erscheint. Fräulein Wood dürfte für ihre beiden Arien im zweiten und dritten Akt über starken Beifall quittieren, doch auch der Gast wurde nicht ungünstig aufgenommen. Die Vorstellung war, was nach den verschiedenen nicht sonderlich vollendeten „Hieberrnau“-Vorstellungen kaum Wunder nehmen kann, nur schwach besucht.

I. 6.

Weltliche Aerzte gründeten ein Frauenkrankenhaus in Berlin. Vor einigen Tagen hat Fräulein Dr. med. Thibaut in der Berliner Lyceum-Klub einen Vortrag gehalten über Krankheiten und Heilung unter Leitung weiblicher Aerzte. Am Schlusse ihrer an-

Zust. b. d. bürgerl. Parteien.) Die Sozialdemokratie braucht nur aufzuführen mit ihren Antrieben, und die unangenehmen Geheimpolitiken werden verschwinden. Solange die Sozialdemokratie offensiv und demonstrativ auf der Straße erscheint, sind Geheimpolitiken nicht überflüssig. (Leb. Zustimmung b. d. bürgerlichen Parteien.) Ruf b. d. Soz.: Macht uns Spaß! Wenn die Geheimpolitiken Ihnen Spaß machen, brauchen Sie sich nicht zu beschweren. (Große Heiterkeit.) Daß die Geheimpolitiken zu Ausschreitungen provozieren, bestreite ich auf das Bestimmteste. Denn damit würden sie gegen die Anweisung handeln. Wenn mir der Beweis dafür erbracht werden sollte, daß das geschehen ist, so würde ich mit aller Entschiedenheit dagegen einschreiten und die betreffenden Beamten zur Rechenschaft ziehen. Wenn der Abg. Fisch sich darüber beschwerte, daß von meinen 90 000 Exekutivbeamten sich eine Reihe noch nicht in die neuen Bestimmungen des Vereinsgesetzes hineingearbeitet haben, so sollten die Sozialdemokraten doch erst einmal selber sich nach den gesetzlichen Bestimmungen richten. Statt dessen verflängten sie das Recht auf die Straße ohne behördliche Erlaubnis. (Lebhafte Zustimmung aus den bürgerlichen Parteien.) Das ist eine bewusste Auflehnung gegen den § 7 des Vereinsgesetzes. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten haben sich angeboten, selbst Ordnung zu halten. Ich danke Ihnen für dieses Anbieten. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Wir haben am 9. Februar gesehen, wofür Ihre (zu den Sozialdemokraten) Verbindungen führen, wenn die Polizei einmal ein bißchen spät zur Stelle ist. Sechs Auflagen wegen Landfriedensbruchs waren die Folge. (Sehr gut! rechts.) Das ist die Ordnung der Sozialdemokratie! Für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist die Polizei da. Sie ist dazu mit Waffen ausgestattet und muß von den Waffen geordnetenfalls Gebrauch machen. Brutal ist es, wenn die Sozialdemokratie die Waffen diesen Waffen ausliefert. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Das ist unverantwortlich, es ist frivol. (Erneuter stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Aber darin liegt Ihre (zu den Sozialdemokraten) Last: erst verhegen und dann hinterher über Gewalt schreien! (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien. Lautes Rufen und Zurufe bei den Soz., Ruf rechts: Ruhe da drüben!)

Hh. Reichsbed. (freif. Wp.): Trotzdem die preussische Regierung beabsichtigt ist, das neue Vereinsgesetz so zu handhaben, wie es sich die Mehrheit des Reichstags gedacht hat, wird von einzelnen Landräten das Publikum noch immer

in unverantwortlicher Weise schikaniert.

Für die Verammlungskaukündigungen wird das Eintriden in konse-
nitive Blätter vorgeschrieben, während man weitverbreitete liberale
Blätter übergeht. (Hört, hört! links.) Dieses Verfahren der Land-
räte bedeutet ein Desavou der Autorität des Mi-
niste s. (Sehr richtig! links.) Auch über die Anwen-
dung des Sprachen - Paragraphen gegen die Gewerkschaften
muß Beschwerde erhoben werden. Was den Fall Schilling anlangt,
so hat die „Kreuzzeitung“ geschrieben, wir hätten auf die Maßrege-
lung des Regierungspräsidenten hingedrängt! Das ist grundbaltig
falsch. Wir übrigen sehen wir in dem Verfahren gegen Schilling eine Ver-
stärkung unserer Partei. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch Na-
tionalliberale haben das Vorgehen gegen Schilling verurteilt. Ma-
nahmen zum Schutze der Autorität des Regierungspräsidenten, wie
sie Herr v. Seydewitz gefordert hat, lehnen wir ab. (Beifall
links.) Im Fall Schilling ist die Autorität des Reichslängers nicht
des Ministers des Innern schwer erschüttert worden, die in dem
Parlamenten die Erklärung abgegeben halten, kein Beamter
würde wegen seiner Meinung zur Rechenschaft
gezogen werden. (Hört, hört! links.) Ich glaube, der Rechten ist
es hier auch pamißt, um den Schutz des Regierungspräsidenten an-
zunehmen, sondern sie befürchtet, daß die bei konservativen Beamten übliche
Verwaltungspraxis durchkreuzt worden ist. Die ganze neue Richtung
paßt der Rechten nicht, und deshalb der scharfe Angriff gegen den
Minister. Die Rechte hat hier, was sie im vorigen Jahre bei der
Ablehnung des für Potsdam geforderten Kreischulinspektors gelang-
hat, wiederholt, nämlich sie hat, um mit Herrn Hammer zu reden, beim
Minister ihre Visitenkarte abgegeben. (Große Heiterkeit.) Die
Selbstverwaltung steht in Preußen nur auf dem Papier, denn fort-
gesetzt lassen sich Landräte und Regierungspräsidenten Eingriffe in
kommunale Rechte zuschreiben kommen. Anstatt gegen diese Beamten
sommene Ueberbreitung ihrer Amtsbefugnisse vorzunehmen, werden die
Bürgermeister zur Rechenschaft gezogen. (Hört, hört! links.) Mi-
Freunden begreifen würden wir die baldige Erfüllung der Falsche des
Ministers, ein Feuerbestallungsgeles einzubringen. (Beifall links.)
Die Bäckerverordnung sollte man nicht so rüchlos anwenden, daß
die Erntens des Bäckers und des Hausbäckers in Frage gestellt
wird. Von der Forderung der Uebertragung des Reichstagswahl-
rechts auf Preußen lassen wir nicht ab. Wäge sich auch die Regie-
rung durch das Treiben der Agrarier nicht irre machen lassen
(Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. v. Tazdgerski (Pole) beschwert sich über die Enthaltung des Sprachenparagraphen und begründet seinen Antrag seiner Fraktion auf Wiedereinführung des uneingeschränkten Gebrauchs nichtdeutscher Sprachen in öffentlichen Versammlungen. Ferner beschwört er einen polnischen Antrag wegen Anhebung der Verdienungsordnung über die Legationssasken ausländischer Arbeiter.

Abg. Dr. Bachmiste (freis. Vp.): Wir wenden uns dagegen, daß man erste politische Bekanntungen mit der Volksgemeinde schließt. Die Straßenemonstrationen sind ein gefährliches Spiel. Sie stärken die Position der Gegner aller freisinnigen Entwicklung. (Sehr richtig! bei den Freis.) An der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen halten wir fest und freuen uns, daß die Krone sich in der Thronrede für eine Wahlreform engagiert hat. (Sehr gut! links.)

Präsident v. Krömer: Die Wahlrechtsfrage steht nicht zur Debatte.

Abg. Dr. Bachmick (freis. Vg.): Gerade die Rechte, die immer für die Autorität der Krone eintritt, müßte doch fordern, daß dieses feierliche Versprechen des Königs

eingelöst wird! Im Falle Schätzung liegt eine Bestrafung wegen politischer Gefährdung vor, denn die politische Ueberzeugung schützens ist im Erdgerichtsbeschluss als Grund für das Disziplinarverfahren angegeben. Von einer freisinnigen Nebenregierung dieser Artäre kann nicht die Rede sein. Wir haben unter dem Bloß niemals eine andere Politik getrieben als vorher. Wir können deshalb ruhig abwarten, was aus dem Bloß wird. Den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter von einem Alter von 20 Jahren an und auf Beschränkung des Aufstiegsrechts des Staates lehnen wir in dieser Gesamtheit ab. Die Leitung der Gemeinden muß in den Händen der fähigsten Bürgerschaft liegen. Somit die Arbeiter zu dieser fähigsten Bürgerschaft gehören, sollen auch sie mitreden. Aber man darf nicht den fluktuierenden Massen die Verwaltung der Kommunen ausliefern. Und wir wünschen, daß das Feuerbestattungs-gesetz vorgelegt wird. (Beifall b. d. Freil.)

Minister des Innern v. Mostke: Beschränkungen in der Er-
wählung der Abschriften von Wählerlisten habe ich nicht verfügt.
Im Regentheil, ich habe auf erhebende Beschw.: den h'n Aemder ein-
treten lassen. Die Vorwürfe des Abg. v. Jagdewski weise ich
zurück. Gegen die polnischen Berufsvereinigungen ist der Sprachen-
vertrag angewendet worden, weil sie nationalpolitische Ziele ver-
folgen.

Zwischen ist ein Antrag Borgmann (Sec.) u. Gen. eingegangen, die 300 000 Mk. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei zu streichen.

Abg. Strofjer (Konserver)

Die Polenitz des Abg. Frickhoff gegen Herrn v. Seydebrand im Fall Schilling war recht alle Mühen, denn den von Herrn v. Seydebrand aufgestellten Grundlagen hat Herr Frickhoff doch zugestimmt. Zur übrigen hat das Vord. des Bürgermeisters Schilling den Auland zum Einschießen gegeben, und mit dem Inhalt dieses Buches wieder die Freisinnige Volkspartei doch nicht einverstanden erklären. (Widerpruch b. d. Freis.) Das ging doch aus den Reden des Herrn Frickhoff klipp und klar hervor. (Erneuter Widerpruch b. d. Freis.) Die Ausführungen Frickhoffs über die Väter-Verordnung bekräftigen wir mit Freuden. Den berechtigten Beschwerden über die Auswüchse des Automobilmusikums ist immer noch nicht abgeholfen worden. Gegen Straßendemonstrationen hat sich vor mehreren Jahren auch der Abg. Schöbel gemeldet, als die Auseinandersetzungen über den Massenstreik in seiner Partei tobten. Angeredet ist ein Unterschied zwischen der spontanen patriotischen Demonstration am dem Abend nach den Reichstagswahlen und den planmäßig vorbereiteten Demonstrationen der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Ruhig und friedlich sollen die Demonstrationen verlaufen sein? Nun, in Dresden sind allein sechs Schublensteine verwundet worden und in Breslau eine Foulie in Berlin hat man die deutschen Fahnen heruntergerissen. (Waise rechts. Abg. Borgmann: Das waren wir nicht!) Wer denn auch losst? (Sehr richtig! rechts.) Wir lieben das Spiegelmachen auch nicht. Aber was hat die Sozialdemokratie alles schon auf diesen Gebieten geleistet! (Sehr richtig! rechts.) Der Reichsverband wird systematisch belästelt. Die Prügelstrafe will ich nur für die gemeinsten Robbertsverbrechen, die mit Messern unshuldige Mädchen miterfallen. (Sehr richtig! rechts.) Will Herr Hirch weiter gehen, als ich, es soll nicht scheuen. Die Sozialdemokraten gebrauchen Verheimlichungsmaterial, das sie nur durch den größten Vertrauensbruch bekommen haben können. Da dürfen Sie das Spiegelmachen doch nicht ein schamhaftes Gewerbe nennen. (Sehr gut! rechts.) Herr Frickhoff, ich hätte aus dem Wiener Protokoll falsch zitiert. Ich gebe zu, daß mein Zitat nicht wörtlich genau war, aber dem Sinne nach hatte ich recht. Auch der Abg. Nebel hat sich in dem Buch „Unsere Ziele“ für die gewaltsame Expropriation ausgesprochen.

regenden Ausführungen machte sie der Versammlung Mitteilung von einer erst vor kurzem ins Leben gerufenen Vereinigung weiblicher Ärzte zur Gründung eines Frauenkrankenhauses in Berlin. Darauf den Vortrag folgende lebhaft Diskussion zeigte, von wie großem und allgemeinem Interesse eine derartige Gründung ist.

Für das tiefste Bohrloch der Erde ist bislang das Bohrloch Paruchowitz 7, das in der Nähe von Rybník im Böhmischem Paruchowitz bis zu einer Tiefe von etwa 2003 Meter niedergebracht worden ist, gehalten worden. Dies trifft aber jetzt nicht mehr zu, nachdem ein anderes Bohrloch eine größere Tiefe erreicht hat. Dieses Bohrloch, das unter dem Namen „Guchow II.“ ebenfalls vom Böhmischem Paruchowitz in der Gemarkung des Dorfes Guchow im Rybníker Kreis gestochen wird, ist am 10. Dezember 1906 mit einem Durchmesser von 410 Millimeter begonnen worden, wobei man sich zunächst des Meißels bediente; seit dem 29. Mai 1907 wurden Diamantbohrer verwandt; der erste dieser Diamantbohrer hatte einen Durchmesser von 176 Millimeter. Dieses Bohrloch hat am 19. Dezember 1908 eine Tiefe von 2156,17 Meter erreicht und befindet sich auf der Sohle einen Durchmesser von 48 Millimeter. Man hofft, die Bohrung noch bis zu einer Tiefe von 2250 Meter fortsetzen zu können. Naturgemäß sind die Fortschritte in der Bohren, die Bohrleistungen, bei einer derartigen Tiefe nicht mehr so günstig, wie in den oberen Teufen; keine Betriebsleistungen, mit denen jeder Bohrbetrieb rechnen muß, machen sich jetzt recht empfindlich bemerkbar; das Aufspulen des Gefäßes beansprucht allein eine Zeitdauer von etwa acht Stunden, etwas weniger das Einbringen. Vereinzelte, ernstliche Störungen konnten trotz der erheblichen Tiefe, zu der die Bohrung vorangetrieben ist, glücklich beseitigt werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß das Paruchowitzer Bohrloch seiner Zeit verlassen werden mußte, weil der Bohrer abbrach und im Bohrloch stecken blieb, aus dem er nicht herausgeholt werden konnte oder nur mit außerordentlich großen, vielleicht kaum zu überwindenden Schwierigkeiten und Kosten.

Das Nobelunglück bei Darmstadt, bei dem, wie gemeldet, der Leutnant v. Trott in Solz tödlich verunglückte, hat, einem Telegramm aus Darmstadt zufolge, ein zweites Opfer gefordert. Von den vier schwerverletzten Offizieren ist noch Leutnant von Roden gestorben.

Was frag ich viel nach Geld und Gut . . . ? Die letzte erschienene Nummer des „Allgem. Anzeigers für Bräunfels“ enthält folgendes Inserat:

Katholische Schriftsteller,

welche sich dem lieben Gott ganz
schenken wollen, finden liebevolle
Aufnahme in einer religiösen Ge-
sellschaft in der Rheinprovinz. Man
kann Aufnahmegetrost mit Zeugnisschreiben
und kurzem Lebenslauf einreichen an die
Geschäftsstelle dieses Blattes unter 974 B.

Der „liebe Gott“ einer reliablen Seite als Arbeitgeber in Buchdruckgewerbe — das Bild ist nicht übel. Aber er sollte doch wenigstens den Tarif anerkennen, sonst läuft er Gefahr, vom letzten freien Arbeitgeberverband wegen „Schmuggelwarens“ in die Kasse gestellt zu werden.

„Mein Fräulein“, sagt der Herr Intendant,
„Das Fach der Raben“, es ist vakant.
Ich engagiere Sie gerne, mein Kind,
Weil Sie hübsch und jung und talentvoll sind!
Denn auf ein nettes, pikantes Gesicht,
Legt ich ganz besonderes Gewicht!

Als Gage bekommen Sie, Fräulein, im Jahr
Die enorme Summe von tausend Mark bar.
Davon bekommt, wie bekannt, der Agent,
Auf Lebensdauer nur zehn Prozent
Und — darauf leg' ich besond'res Gewicht —
Mein Fräulein, organisier'n Sie sich nicht!

Die Strafgebelber find bei mir nicht stark:
Es schwankt zwischen zwanzig und hundert Mark.
Vor allem bleiben Sie bibblich gesund,
Denn Heiserkeit ist ein Entlassungsgrund.
Und — darauf leg' ich besond'res Gewicht —
Tollkosten, die unmodern, dulde ich nicht!

Für jede Rolle ein neues Kleid?
Soust bringen Sie's nie auf der Bühne weit.
Ich saße t. u. schon, mein liebes Kind,
Daß Gut und Köstlich Ihre Sache sind?
Zum Schluß — darauf leg' ich besond'res Ge-
leben Sie sitzsam und fallen Sie nicht!¹⁴

(Karlöser in der „Jugend“.)

Und der Abg. Bielefeld hat gesagt: Keinen Frieden mit dem preussischen Staat, die Entschädigung wird auf der Straße gefordert werden. (Hört, hört! rechts.) Schließlich hat sich in Jena Bebel als den Feind der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet. (Hört, hört! rechts.) Ist das alles so friedlich? Außerhalb dieses Hauses ist die Sprache der Herren Sozialdemokraten überhaupt eine andere, als hier im Saal. Was haben Sie in Breslau, in Frankfurt, in Berlin, in Hamburg und vor allem in Berlin auf dem Brandenburger Platz gemacht? Am Sonntag blies Herr Bielefeld die Friedenspfeife, und am Sonntag trübte Herr Bebel im Bergwerk, dass ein Brand losbrach, wobei wie ich die Welt noch nicht gesehen hat, falls den Arbeiterforderungen nicht nachgegeben würde. (Hört, hört! rechts.) Wir können den Minister nur bitten, an der Politik gegen die Sozialdemokratie festzuhalten, die er vorhin entworfen hat. (Hört, Bebel nicht u. i. H.)

Abg. Gaarmann (noll.) fordert Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der in der Nähe von Rüstungsfabriken wohnenden Personen, damit keine Explosionen, wie die Rüstungsfabrik bei Witten verlaufen werden.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen. Der Minister hat sich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Alle vorliegenden Anträge werden an die zuständigen Kommissionen überwiesen bis auf den sozialdemokratischen Antrag, der für die Wahlen an den kommunalen Ämtern die Einführung des gleichen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Personen fordert. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Saal verläßt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Fortsetzung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

116. Sitzung vom Montag, den 1. März, Nachmittags 2 Uhr.

Im Bundesratlich Dernburg.

Die Beratung des

Entwurfes des Schutzgesetzes und des Kolonialgesetzes

wird fortgesetzt. Abg. Werner (Ant.): Dem Beamten in den Kolonien muß Gehaltssteigerung gegeben werden. Das würde ihre Arbeitskraft erhöhen. Schwere Strafen müßte sich ähnlich entwickeln können, wie die englische Kolonialverwaltung. Die kolonialen Verhältnisse sind ähnlich. Wir fordern, daß der Staatseinkommen an Ort und Stelle gegeben ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Abg. Bielefeld (Hört, hört! b. d. Soz.) befragt den Minister, der darin liegt, daß die in den Kolonien amtierenden Richter nicht elastisch sind, sondern nur starrsinnig ausgeführt sind. Abg. Gaus (Hört, hört! b. d. Soz.): Wir sind dem Staatseinkommen dankbar, wenn er in den Kolonien auf Ausgleich der Einkünfte wirkt.

Abg. Rostke (Sozialdemokrat):

Auch in der Kolonialpolitik hat sich wieder einmal die sozialdemokratische Kritik als berechtigt erwiesen. Auch in der Kolonialpolitik wird der Sozialismus einbezogen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das neue System hat natürlich keinen radikalen Wechsel gebracht, aber Symptome der Besserung sind vorhanden, die wir begrüßen können, ohne die bösen Schattenseiten zu übersehen. Begeisterung ist das Schwärmen der bürgerlichen Kolonialpolitik, mit der vor zwei Jahren die Wahlen gemacht wurden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn jetzt das Kapital in die Kolonien geht, so kann man das nicht sehen. Besser als bei den deutschen Steuerzahlern herauszutreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Etat weist alles in allem einen Gehalt von 60 Millionen auf. (Hört, hört! b. d. Soz.) Was werden wir nach lange Jahre lang zu haben? (Sehr wahr!) Die Ausgaben für die Kolonialverwaltung erreichen schon bald 5 Millionen. Wir verwerfen natürlich alle Versuche einer Rentenversicherung. Aber die in Aussicht stehende Rentenversicherung ist einseitig des jugendlichen Alters der meisten Kolonialisten eine sehr beschwerliche. Besonders der Abg. Vattmann hat uns einen Wechsel in der Kolonialpolitik vorgeworfen. Es mag sein, daß Kamerun und andere Gebiete nicht wertlos sind, und daß die deutschen auf Schwere verwandten Ausgaben schließlich die Auslastbarkeit des Landes steigern werden. Aber heute ist die Frage, ob die Kolonien irgendwelchen Wert für die Millionen von deutschen Arbeiter haben, mit nein zu beantworten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn man die Beamten und Offiziere abrechnet, so bleibt an deutscher Bevölkerung nicht viel übrig in dem Kolonialgebiet, wo man durch Entschädigung von Tausenden von Deutschen Platz für ein neues Deutschland gemacht hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Selbst die größten Optimisten sprechen nur von einer Einwanderungsziffer, die nicht bedeutungsvoll ist. Man schneide uns also von dem Interesse der Arbeiter an den Kolonien! (Sehr wahr!)

Heber die gefundenen Diamanten haben wir uns, wie von verschiedener Seite behauptet wird, keineswegs „geirrt“. Im Gegenteil, nichts wäre uns lieber, als wenn recht viel Gold und Diamanten in den Kolonien gefunden würden. Damit wäre den Steuerzahlern, die zum großen Teil aus den von uns vertretenen Industriearbeitern bestehen, sehr gebührt. (Beifall b. d. Soz.) Wir haben uns aber erlaubt, gewissen beschwerlichen Zweifeln, ob man wirklich etwas gefunden hat, Ausdruck zu verleihen. (Beifall bei den Soz.)

Die Entwicklung des deutschen Handels und der deutschen Industrie wird niemals von der Gefahr aus den Kolonien abhängig sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Herr Krüger hat unmissbar versucht, uns damit glauben zu machen, daß die Baumwollindustrie einmal für Deutschland abgeschritten werden könnte. Auch würde Deutschland von der zunehmenden Baumwollindustrie in den Kolonien noch keinen Vorteil haben, wenn der Kolonialkapitalist kümmert sich den Zweifel

um die deutsche Industrie und verkauft sein Produkt, genau wie der deutsche Kapitalist, dorthin, wo er am meisten dafür bekommt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Staatssekretär bezeichnete die noch vor zwei Jahren getriebene Kolonialpolitik als eine solche der Ausbeutung. Unterdrückung und Vernichtung. Das ist es auch heute noch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei einer Politik der Ausbeutung werden wir nicht aufhören, ihn zu unterstützen. Aber davon kann doch keine Rede sein, obwohl es uns mit Genugtuung erfüllt, daß der Staatseinkommen sich vergrößert, den Kolonialverwaltern abzugeben. Möge eine der nächsten parlamentarischen Maßnahmen des Staatseinkommens darin bestehen, den noch immer bestehenden Arbeitsmangel für Eingeborene zu beseitigen.

Wenn die Prophezeiung des Herrn Krüger sich erfüllt, daß in zehn Jahren in Ostafrika 100.000 Deutsche leben, so wäre das ein Unheil für die Eingeborenen. Es leben dort 10 Millionen Negro und diese werden verdrängt und aller Existenzmittel beraubt werden. Ostafrika hat aber auch nur als ein Negerland eine Zukunft. Gerade die Verdrängung der Negro vergrößert die ätiopische Gefahr. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Mission und überhaupt die Religion hat mit dieser Gefahr, im Gegensatz zu der Meinung des Herrn Krüger, nichts zu tun. Die aufständigen Negroes waren Christen. Bei solchen Zusammenstößen kommt es nicht auf die Religion an, sondern auf die Rasse. Sowohl die christlichen wie die nichtchristlichen Eingeborenen stellen sich dem fremden Eindringen gegenüber. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verdrängung der ätiopischen Ausbeutungspolitik durch den Staatseinkommen war eine recht fertige und unsere Haltung und der des Reichstages im Dezember 1908. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Verwaltung müßte jetzt bemüht sein, die unangenehme Verdrängung wieder aufzuheben. Anstatt diesen hat der Reichstag Millionen für die Richter und Händler bewilligt, die das Geld nicht für die Eingeborenen ausgeben. Nach den Missionen ist die Lage der Eingeborenen eine grauenhafte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Kinder werden dem Schulbesuch entzogen und die Ozeanfahrten führen sich dagegen, Kinder zu gebären, weil sie die Welt nicht mit Sklaven bevölkern wollen. Und wie ist es mit der Justiz? Ein weißer Pfarrer, der 3 Schwarze getötet hatte, wird mit 9 Jahren Gefängnis bestraft. Ein Schwarzer aber, der einen Weißen getötet hat, wird hingerichtet und bekommt noch vier seiner Kameraden mit auf den Weg. (Hört, hört!)

Man sieht aus alledem: die deutsche Kolonialpolitik kann noch nicht als eine sozialistische bezeichnet werden. Wir werden auch in Zukunft darauf bestehen, daß unsere Forderungen durchgesetzt werden. Namentlich, daß die Eingeborenen als Menschen behandelt werden. Unsere grundsätzliche Stellung zur Kolonialpolitik kann durch unsere Erfahrungen nicht erschüttert werden. Ausbeutung, Unterdrückung und Ausbeutung sind die Folgen solcher Politik. Die bisher, haben wir auch in Zukunft die Verantwortung für eine solche Kolonialpolitik. (Hört, Bebel nicht u. i. H.)

Staatssekretär Dernburg:

Zu verstehen ist es in den Kolonien allerdings noch viel. Im Mutterlande ja auch. In diesem Sinne ist ja das Parlament 6 bis 7 Monate hier verblieben. (Hört, hört!) Der Herr Redner hat durch die Schwere seiner Partei gelacht. In dem einen Falle hat er sich gegen die Missionen ausgesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die einzigen Leute, die bisher wirklich Vorteile von den Kolonien gehabt haben, sind die deutschen Arbeiter. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Herr Redner, der Herr Vattmann, hat die Herren Krüger und Krüger nicht an der Hand genommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich unterbreite deshalb die Anerkennung, daß der Herr Vattmann den Trägern des höheren Kolonialismus gerecht hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eigentlich ist es in Kolonialangelegenheiten nur zwei Parteien, die Kolonialisten, an denen alle bürgerlichen Parteien gebunden sind und die kolonialistischen Sozialdemokraten. Die Unterschiede unter den kolonialistischen Parteien stellen nur Schattierungen dar. Ich werde mich bemühen eine möglichst nationale, kommerzielle und industrielle Kolonialpolitik zu treiben. (Hört, Bebel nicht u. i. H.)

Abg. Storz (Hört, hört! b. d. Soz.): Die deutsche Kolonialpolitik hat die Negro von ihren blutdürstigen asiatischen Tyrannen befreit. (Große Beifall bei den Soz.) Die christlichen Missionare stellen sich untereinander vertragen und Herr Krüger hat nicht so bestialisch gegen die Sklavenhändler aufgetreten. Die Verhältnisse in den deutschen Kolonien sind relativ glänzend. (Hört, Bebel nicht u. i. H.)

Herrn Storz ist die Diktation. Nach dem beschriebenen Antrage einer Reichs- und ostafrikanischen Staatsbank wird beim Reichsamt für die Kolonialverwaltung ein Antrag auf Verdrängung der bei diesem Vorkommen von der Kolonialverwaltung 25.000 Mk. in Vorschlag an den Reichstag. Der Reichstag hat die Verdrängung des Kolonialgesetzes am Dienstag 2 Uhr. Außerdem Rechnungslegen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Falsche Gerüchte über den Genossen Bebel verbreiten eine bürgerliche Zeitungsfabrikation. Danach soll Genosse Bebel an einem Herzleiden erkrankt sein, so daß er auch den Verhandlungen des Reichstages fernbleiben würde.

Es können demgegenüber erklärt werden, daß diese Nachricht vollkommen unzutreffend ist. Genosse Bebel mag sich allerdings noch immer Erholung anerkennen, doch ist er sich im allgemeinen wohl. Genosse Bebel nimmt auch bei dem Reichstagsamtamenten des Reichstages regelmäßig an seinen Sitzungen teil.

Tunja und Sozialdemokratie. Mit welcher Antipathie manche Richter der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, zeigt eine Schöffengerichtsverhandlung in Ober-Weichbach, wo sich Genosse Redakteur Born vom Saalfelder „Vollkoll“ wegen angeblicher Verleumdung des Porzellanfabrikanten Gerwig im Kaputte an verantwortlichen hatte. Diese Verleumdung wurde in einer Korrespondenz gefunden, die sich mit der Kaputtler Gemeinderatswahl und mit der Verlor Gerwig beschäftigte; der Ankläger beantragte, nachdem die Rats im allgemeinen nichts Verleumdendes erkennen läßt, einen Monat Gefängnis und das Gericht erkannte auch auf diese Strafe.

Der Amtsrichter führte dabei aus: „Auf Geldstrafe wurde deshalb nicht erkannt, weil in solchen Fällen der Verurteilte die Strafe doch nicht zahlen, sondern die Arbeiterarosehen herhalten müßten. Wir wollen den armen Arbeitergroßen nicht abnehmen.“

Eine andere traurige Erfahrung, die so manche Reaktion eines Arbeiterblattes schon gemacht hat, bestand noch darin, daß die gebildeten Entlassenen verurteilt, als sie die im Urteil enthaltenen Behauptungen bekräftigen sollten; sie bekräftigten sogar teilweise das Gegenteil. Durch die Unzuverlässigkeit der Gewährsmänner gelang es deshalb nicht, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. — Gegen das drafonische Urteil wird Berufung eingelegt.

Von der badischen Sozialdemokratie. Am Sonntag und Montag sagte, wie bekannt, in Offenburg der Parteitag der badischen Genossen. Der schriftliche Bericht des Landesvorstandes, der für diese Tagung herausgegeben wurde, weist für 1908 in 167 Mitgliedskassen 13.403 männliche und 984 weibliche Mitglieder nach, gegen 171 Mitgliedskassen mit 12.985 männlichen und 350 weiblichen Mitglieder im Jahre 1907. Der Wahlkreis Mannheim zählt 6091 Mitglieder, dann folgen Pforzheim mit 2112, Karlsruhe mit 1454, Heidelberg mit 911, Freiburg mit 559 Mitgliedern.

Zur Agitation wurden mehrere Flugblätter verbreitet und der badische Volkskalender in 90.000 Exemplaren. Bei den Bürgerauschüssen wurden ebenfalls gute Erfolge erzielt. Die Abonnentenzahl der Parteipresse hat unter der Woche gelitten, doch stehen die beiden anderen Organe, die „Volksstimme“ zu Mannheim und der „Volksfreund“ zu Karlsruhe immer noch. Die letztere verzeichnet einen Jahresüberschuss von 1824,63 Mk., der letztere von 3793,03 Mk. Auch das seit 1 1/2 Jahre erscheinende Blatt des „Volksfreund“, die „Flora“ bei der „Freie Presse“, steht befriedigend, es ist trotz der gerade Pforzheim schwer treffenden Krise gelungen, Einnahmen und Ausgaben zu balancieren. Dagegen weist das „Volksblatt“ zu Offenburg ein Defizit von 1888,18 Mk. auf, während die Pforzheim „Arbeitszeitung“ einen Ueberschuß von 666,28 Mk. gebracht hat.

Am 1. Juli wurde ein Bezirkssekretariat für das badische Oberland in Freiburg errichtet. Der Kassensbericht des Landesvorstandes weist eine Einnahme von 20.510,92 Mk. nach, die Kasse eine Ausgabe von 18.565,95 Mk. und einen Bestand von 1944,97 Mk. auf.

Der Bericht gibt auch den bekannten Briefwechsel des Landesvorstandes mit dem Parteivorstand gelegentlich der Budgetbewilligung durch die Landtagsfraktion wieder und lüftet die Haltung des Landesvorstandes zu recht klugen. Besont wird, daß der Landesvorstand in der Budgetbewilligungsfrage auf dem Standpunkt der Erklärung der Genossen steht.

Arbeiterbewegung.

Der Abwehrstreik, der in der Drahtseilfabrik von Pöcher u. Co. in Gelsenkirchen, wegen einer Reduzierung der Arbeiterlöhne, ausbrechen drohte, ist im letzten Augenblick vermieden worden. — Die zwischen der Firma und den Organisationsvereinigten gepflogenen Unterhandlungen führten zu einem Erfolge des Arbeiter.

Ein ungetreuer Christlicher. Der christliche Verbandsleiter, Capitaller vom christlichen Verband der Bauhandwerker in Memel hat seine Verbandsblätter in Christo — wie das national-liberale Blatt in Memel bekanntgeben muß — um 500 Mark betrogen. In christlichen Kreisen heißt es, daß die Summe viel höher ist und mindestens 600 Mark beträgt. Der ehrenwerte Mann hat durch Unfundamentalitäten, falsche Einschätzungen die Unterschlagungen, die sich auf längere Zeit hinaus erstrecken, zu verhehlen gesucht. Der „christliche“ Verband wurde im Jahre 1906 gegründet, als der Maurerstreik des Zentralverbandes der Maurer verloren ging.

Bäckermeister und Bäckerzweckordnung. Die Bäckerzweckordnungen sind den Vertretern des christlichen Bäckerhandwerks Reich ein Dorn im Auge gewesen. Auch jetzt hat der Bäcker-Innungsverband „Germania“ eine Petition um Beseitigung dieser verhassten Bestimmungen an den Reichstag gerichtet. Mindestens soll die Maximalarbeitszeit in eine Minimalarbeitszeit umgewandelt werden.

Genosse Sacke beantragte als Referent in der Petitionskommmission Uebertrag zur Tagesordnung, weil die Petition genügendes Material zur Gesetzesänderung nicht biete und das Plenum sich auch schon wiederholt ablehnend verhalten habe. Man müßte auch aus dem Grunde zur Tagesordnung übergehen, um zu zeigen, daß sich der Reichstag nicht dazu hergebe, eine die Gesundheit der Arbeiter schützende Maßregel der Regierung verschleiern zu helfen. Die Verordnung hätte die Bäckermeister bisher nicht ruiniert und würde sie in Zukunft erst recht nicht ruinieren. Einige Mehrkosten der Verordnung würden doch stets auf das Publikum abgewälzt. Meine Mittheilungen brächte jede Einschränkung mit sich; die müßten bei so wichtigen Anlässen, wo die Gesundheit der Arbeiter geschützt werde, mit in Kauf genommen werden. Abg. Sel (Zentrum) trat gegen den Antrag Sacke auf und beantragte Ueberweisung als Material. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen und die Bäckermeister werden aufatmen. Positiv wird das Plenum des Reichstages der Tendenz dieses reaktionären Beschlusses nicht beitreten.

Neu-Eröffnung!

Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Mitteilung zu machen, dass ich am 2. März unter der Firma

Schuhwaren-Haus „Silberberg“

Reuschestrasse 60/61, gegenüber der Büttnerstrasse,

ein Spezialgeschäft für Schuhwaren eröffne.

Ich war bisher 10 Jahre als Geschäftsführer in einer Schuhfabrik-Niederlage in der Reuschestrasse tätig. Die in dieser Zeit gemachten Erfahrungen, sowie genügende Geldmittel setzen mich in den Stand, jederzeit konkurrenzfähig zu sein. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, nur durch gute und reelle Waren das Vertrauen meiner Kundenchaft zu rechtfertigen. Indem ich Sie bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne

Hochachtungsvoll

J. Silberberg, Reuschestrasse 60/61.

Aus Anlass meiner Neu-Eröffnung erhält jeder Käufer trotz meiner billigen Einführungspreise beim Einkauf von Mk. 4.— an ein Paar elegante Hauspantoffel und beim Einkauf von Mk. 10.— an ein Paar elegante Damen- oder Herren-Hauschuhe mit guter Ledersohle gratis!

